

DGB

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Bezirk
Baden-Württemberg

**Schließt euch zusammen
in den Gewerkschaften.
Für Frieden, Freiheit und Gleichberechtigung**

**70 Jahre
Gewerkschaften im Südwesten
Zur Gründungsphase 1946/47**



Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden
Gewerkschaftsbund Südwürttemberg-Hohenzollern
Badischer Gewerkschaftsbund

Gewerkschafts-Zeitung

ORGAN DES GEWERKSCHAFTSBUNDES WÜRTEMBERG-BADEN

1. Jahrgang

Stuttgart, 30. August 1946

Nummer 1

Dem Bundestag zum Gruß!

Die Delegierten der neuen Gewerkschaften aus Württemberg und Baden treffen in den Salamander-Werken in Kornwestheim erstmals zusammen, um zur Gründung eines Gewerkschaftsbundes für Württemberg-Baden zu schreiben. In mühevoller Kleinarbeit sind in den letzten 15 Monaten aus provisorischen Betriebsvereinigungen Ortsgewerkschaften und schließlich Industrieverbände auf demokratischer Grundlage endgültig in einem einheitlichen Gewerkschaftsbund vereinigt worden.

Daß dieser Bund sich nur auf Württemberg und Baden erstrecken kann, zeigt, wie unendlich weit der Weg noch ist bis zur Erreichung einer neuen Gewerkschaftsbewegung, die sich über ganz Deutschland erstreckt. Mit der Gründung des Bundes endet zugleich das bisherige Provisorium. Die Gewerkschaftsmitglieder können künftig wieder selbst bestimmen, in welcher Form und Richtung die Organisationen ausgebaut und wie die gewerkschaftlichen Aufgaben gelöst werden sollen.

Ein Vergleich der neuen Gewerkschaften mit der Nationalsozialistischen Arbeitsfront ist unmöglich und unzulässig. Die DAF hat ihren organisatorischen Aufbau und ihrem Wesen entsprechend die vereinte Kraft der Arbeitnehmer im wirtschaftlichen Kampf bewußt ausgeschaltet. Sie war und wollte keine Gewerkschaft sein.

Dagegen gleichen die neuen Gewerkschaften in ihrer Zielsetzung sowohl den Bestrebungen der früheren deutschen Gewerkschaften als auch der Gewerkschaftsbewegung der übrigen Welt. Sie wollen aber nicht nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln, sondern darüber hinaus die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesamtinteressen der arbeitenden Bevölkerung wahrnehmen. Somit wird Gewerkschaftsarbeit Dienst am Volk und für das Volk.

Es wäre falsch, wollten die neuen Gewerkschaften ihre Organisationsformen und ihre Arbeitsmethoden in den Fußtapfen ihrer Vorgänger suchen. Die heutigen Gewerkschaften sind als wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeitnehmer nichts anderes als ein Teil unserer Wirtschaft und auf Gedeih und Verderb mit ihr verbunden. Zur Zeit liegt diese Wirtschaft völlig am Boden. Den Arbeitnehmern bleibt kein anderer Weg, als am Wiederaufbau der Wirtschaft mitzuhelfen.

Soll es Gewerkschaften gibt, gilt ihr Streben der Verbesserung der sozialen Lage ihrer Mitglieder. Heute müssen sie notgedrungen zunächst dafür sorgen, Verschlechterungen abzuwehren, damit die Lasten des verlorenen Krieges nicht wieder einseitig zugunsten der Besitzenden auf die Schultern der breiten Masse der Arbeitnehmer abgewälzt werden. Die Lösung dieser schweren Aufgabe kann nur dem Willen einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung gelingen. Die Kluft zwischen Preis und Lohn wird täglich größer und unerträglicher. Es soll festgehalten werden, daß nicht Forderungen der Gewerkschaften, sondern Preissteigerungen diesen Zustand herbeigeführt haben. Wir wissen, daß in der gegenwärtigen Notzeit nur gemeinschaftliches Zusammenwirken der Besitzer der Produk-

tionsmittel mit den Besitzern der Arbeitskraft dem herrschenden Übel Einhalt gebieten kann. Darum haben die Gewerkschaften immer wieder ihre Mitwirkung beim Wiederaufbau der Wirtschaft angeboten.

Freudigen Wiederhall hat dieser Ruf bisher in der bürgerlichen Welt nicht gefunden. Manche Wirtschaftsführer vom alten Schlag stehen mit verschränkten Armen auf dem wirtschaftlichen Trümmerfeld, das sie mitverursacht haben, und hoffen, mit Hilfe des Staates ihren eigenen Gang zu bringen. Andere wollen abwarten, wie die künftige Wirtschaft und die Gewerkschaften in ihr aussieht. Unterirdisch arbeiten sie freilich nicht untätig. Sie tun alles, um die Gewerkschaften zu verhindern. Noch haben sie nicht bei der Neugestaltung unserer Wirtschaft das Wort mitgesprochen. Sein oder Nichtsein des Volkes handelt es sich bei diesen Menschen, die heute noch auf ihren Stühlen sitzen und abwarten wollen, bis ihr

Ja, sie warten! Wo waren zum Beispiel die Delegierten des Privalkapitals, als im vorigen Jahre die Schuld der Nazis die Tore der Krankenkassen und Invalidenversicherung geschlossen wurden? Wo waren die Krankenkassen, die Invaliden, die Witwen und Waisen? Jetzt, nachdem die Wirtschaft in der heutigen Krise versinkt, tauchen sie wieder auf, um die Invalidenversicherung zu retten; in Wirklichkeit sind dies die Verlierer des verlorenen Krieges, die heute am Boden liegen und auf Hilfe der Gewerkschaften angewiesen sind.

Die Delegierten unseres Bundestages sind heute alle ohne Unterschied auf dem Boden der Bekenntnisse haben geschworen, einen festen Bund zu schließen, der die Interessen der sozialistischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Kämpfer wird. Es ist das tragischste, daß ihnen in der heutigen Krise die Gewerkschaften zur Verfügung stehen. Die Arbeiter sind heute in der Lage, die Zerstörung ihrer wirtschaftlichen Existenz zu verhindern. Sie danken dafür. Sie werden bald wieder zu einem Faktor werden, an dem niemand achtlos

Nicht Diktatur, sondern gleichberechtigte Mitwirkung in der Wirtschaft ist unser Ziel. Einer für alle, alle für einen soll unsere Lösung, Hilfsbereitschaft in des Bruders Not, Solidarität dem gewerkschaftlichen Bruderverband und Freundschaft gegenüber der internationalen Arbeiterschaft zur Sicherung des Friedens und der Völkerverständigung soll unser Tun und Handeln bestimmen.

In diesem Sinne entbiete ich allen Gewerkschaftsmitgliedern, den Delegierten des Bundestages und unserer neuen „Gewerkschafts-Zeitung“ meinen Gruß.

Markus Schleicher.

Die Delegierten der neuen Gewerkschaften aus Württemberg und Baden treffen in den Salamander-Werken in Kornwestheim erstmals zusammen, um zur Gründung eines Gewerkschaftsbundes für Württemberg-Baden zu schreiben. In mühevoller Kleinarbeit sind in den letzten 15 Monaten aus provisorischen Betriebsvereinigungen Ortsgewerkschaften und schließlich Industrieverbände auf demokratischer Grundlage endgültig in einem einheitlichen Gewerkschaftsbund vereinigt worden.

(Aus Gewerkschafts-Zeitung Nr. 1, 30. 8. 1946)

Vorwort zur Neuauflage

D

er DGB ist 70 Jahre alt. Wir nehmen das zum Anlass, die Broschüre zur Gründungsphase der Gewerkschaften im Südwesten wieder aufzulegen und zu erweitern.

70 Jahre Deutscher Gewerkschaftsbund, 70 Jahre Grundgesetz: Es ist kein Zufall, dass die Geburtsstunde von demokratischen Errungenschaften und Institutionen in dasselbe Jahr - 1949 - fällt. Das Grundgesetz weist den Gewerkschaften eine tragende Funktion in unserem Staat zu. So heißt es in Artikel 9: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.“

Die Kolleginnen und Kollegen haben damals Historisches geleistet. Nach der Unterdrückung der Gewerkschaften im Dritten Reich haben sie die Gewerkschaftsbewegung wieder aufgebaut. Inmitten der Trümmer, mit schmerzhaften Erinnerungen und einem leeren Magen. Aber mit Mut und heißem Herzen. Sie haben das Fundament gelegt für eine demokratische, überparteiliche Gewerkschaftsbewegung.

Wir Jüngeren können uns mit Stolz auf sie berufen. Ihr Engagement ist uns Verpflichtung. Ich erinnere nur an den Satz von Willi Bleicher: „Hütet die Einheitsgewerkschaft wie euren Augapfel.“

Wir sind eine Einheitsgewerkschaft, in der sich alle Demokratinnen und Demokraten wiederfinden. Das zeigt unsere Geschichte. Wir haben den Kapitalismus gezähmt und humanisiert. Doch damit sind wir noch lange nicht am Ende. Es bleibt unsere wesentliche Aufgabe: die Arbeitswelt und die Gesellschaft menschlicher zu machen. Dies gilt für die Vereinbarkeit von Arbeiten und Leben, für die Frage der Entgeltgerechtigkeit, für die Stärkung des Sozialstaates. Wir sind diejenigen, die den Wandel menschlich gestalten. Wir sind diejenigen, die Umwelt- und Klimaschutz mit sozialen Fragen verknüpfen.

Die Herausforderungen für die Gewerkschaften sind nicht geringer geworden. Im Gegenteil. Denn auch das Erreichte muss täglich wieder verteidigt werden. Der Kampf ist anders, aber nicht leichter geworden. Doch wir sind eine starke Gemeinschaft mit sechs Millionen Mitgliedern. Wir sind demokratisch, transparent, gemeinwohlorientiert und solidarisch. Auf diesem Fundament werden wir auch künftig unsere Gesellschaft ein Stück gerechter machen.

Martin Kunzmann

DGB-Landesbezirksvorsitzender

Vorwort

Vor 50 Jahren, am 29./30. August 1946, fand in den Räumen der Salamander-Werke in Kornwestheim die Gründungsversammlung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden statt. Mit der Annahme der Satzung durch die 163 Delegierten waren 15 Monate nach Kriegsende schon wieder fast 300 000 Mitglieder aus 15 „Industrieverbänden“ in Württemberg und Nordbaden, der damaligen amerikanischen Besatzungszone, unter einem Dach zusammengeschlossen.

Am 15./16. Februar 1947 folgte die erste „Bundes-Generalversammlung“ des Gewerkschaftsbundes Süd-württemberg-Hohenzollern in Tuttlingen, am 1./2. März 1947 tagte der erste „Bundestag“ des Badi-schen Gewerkschaftsbundes in Freiburg. Bereits im Herbst 1949 beschlossen die 3 Bünde ihre Auflösung unter der Voraussetzung, „daß der für den 12. bis 14. Oktober 1949 einberufene Kongreß der Gewerk-schaften im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland die Gründung des 'Deutschen Gewerkschaftsbundes' beschließt.“ Der Gründungskongreß des DGB-Landesbezirks fand dann am 25. April 1950 statt.

Der Weg, den wir in den vergangenen 50 Jahren zurücklegten, war holprig und steinig. Kein einziger unserer Erfolge ist uns in den Schoß gefallen. Sie konnten nur durchgesetzt werden, weil Arbeiter, Angestellte und Beamte, Deutsche und Ausländer, Junge und Alte,

Frauen und Männer zusammengehalten haben und sich nicht gegeneinander ausspielen ließen.

Wir möchten allen, die diese Zeit engagiert mitgestaltet haben, unseren Dank und unsere Anerkennung aussprechen.

Heute stehen wir vor der historischen Aufgabe, den Sozialstaat, die sozialen Sicherungssysteme und den Flächentarifvertrag zu erhalten und den Marsch in eine andere Republik zu stoppen. Was wir errungen und erstreikt haben, z.B. die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, müssen wir gegen eine neoliberale Politik und die immer aggressiver werdenden Interessenverbände des Kapitals verteidigen.

Massenarbeitslosigkeit und Armut auf der einen Seite, privater Reichtum auf der anderen - diese Spaltung der Gesellschaft ist und bleibt ein Skandal!

Wir werden auch künftig nicht bereit sein, eine Politik hinzunehmen, die von Sozialabbau, Einschränkung von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten und fortgesetzter Umverteilung von unten nach oben gekennzeichnet ist.

Siegfried Pommerenke
DGB-Landesbezirksvorsitzender

Mathias Manz
stellvertretender
DGB-Landes-
bezirksvorsitzender

Der Neuanfang

Am 2. Mai 1933 wurden die Gewerkschaften von den Nationalsozialisten verboten. Die aufgelösten Gewerkschaftsverbände wurden in der Deutschen Arbeitsfront (DAF) zusammengefaßt. Die DAF hatte aber nur den Anspruch nach der Nachfolge der Gewerkschaften angetreten, denn die Tariffragen wurden aus dem Aufgabenbereich der DAF herausgelöst. Im Oktober 1934 wurde sie durch eine Führerverordnung zur Gliederung der Partei und Organisation aller "schaffenden Deutschen" erklärt. Mit dieser Verordnung verlor sie vollends ihre Funktion als Gewerkschaft. Nach der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus durch die alliierten Truppen stellte sich die Aufgabe des Neuaufbaus der Gewerkschaften.

Auch das Stuttgarter Gewerkschaftshaus blieb von den Luftangriffen nicht verschont

Die ehemaligen Gewerkschafter standen auch im heutigen Bundesland Baden-Württemberg vor gewaltigen Aufgaben. Der Südwesten hatte den Krieg in seiner vollen Härte zu spüren bekommen. Die meisten Städte waren durch die Luftangriffe schwer zerstört. So waren

z.B. Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg und Heilbronn schwersten Angriffen ausgesetzt. Am 23. Februar wurde die Innenstadt von Pforzheim zerstört, wobei über 17 000 Menschen ihr Leben lassen mußten. Wenige Tage später erlebte Bruchsal ein ähnliches Schicksal. Auch die Infrastruktur war durch die Tiefflieger und die nationalsozialistische Politik der verbrannten Erde schwer beschädigt worden. Hinzu kam, daß die Bevölkerung kurz vor einer Hungerkatastrophe stand.¹

Die Gewerkschafter, die auch während des Nationalsozialismus antifaschistisch geblieben waren, standen nun vor der Aufgabe, beim Aufbau der Demokratie und bei der Entnazifizierung der Gesellschaft mitzuhelfen. Außerdem mußte die Wirtschaft wieder aufgebaut werden, um die katastrophale Ernährungs- und Versorgungslage für die Bevölkerung zu verbessern. Zu diesen schweren Aufgaben kam hinzu, daß die Gewerkschafter ihre Organisationen ja erst wieder aufbauen mußten. Schon am 31.5.1945 konnte die Gründungsversammlung des „Württembergischen Gewerkschaftsbundes“ (WüGB) stattfinden. Er wurde von der französischen Besatzungsmacht aber nur als ein von ihrer Entscheidung abhängiger beratender Ausschuß angesehen.^{2a} Nachdem am 8. Juli 1945 die Amerikaner Stuttgart von den Franzosen übernahmen, war das Schicksal des WüGB ungewiß, da die Amerikaner an ihrem Grundsatz, nur örtliche Gewerkschaften zuzulassen, festhielten. Am 9.11.1945 wurde dann aber doch der WüGB im amerikanischen besetz-



**Markus Schleicher in seiner
Begrüßungsansprache auf dem
1. Kongress des Gewerkschaftsbundes
Württemberg-Baden in Kornwestheim**

ten Teil Württembergs von der Militärregierung Württemberg-Baden offiziell zugelassen.

Am 29.8.1946 wurde der Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden (GWB) im Saal der Salamanderwerke in Stuttgart-Kornwestheim gegründet. 163 Delegierte, die fast 300 000 Mitglieder von 15 Industrieverbänden vertraten, stimmten der Vereinigung der Ortsausschüsse Nordwürttembergs und Nordbadens zu. Zu den Gästen gehörten unter anderen der Ministerpräsident von Württemberg-Baden, Reinhold Maier, Kultusminister Theodor Heuss und der Stuttgarter Oberbürgermeister Arnulf Klett. Zum Präsidenten wurde Markus Schleicher gewählt. Dieser hat auch die Begrüßungsrede gehalten. Ein kleiner Ausschnitt aus dieser Rede zeigt, wie sehr die Gewerkschaften beim Neuaufbau ihrer Organisationen auf die Besatzungsmächte angewiesen waren.

Am 1./2. März 1947 fand die offizielle Gründungsveranstaltung für den Badischen Gewerkschaftsbund (BGB) statt, der am 30. Dezember 1946 provisorisch gegründet worden war. Zum Präsident wurde Wilhelm Reibel (SPD) gewählt. Die 1. ordentliche Generalversammlung des Gewerkschaftsbundes Südwürttemberg-Hohenzollern (GB SWH) fand am 15./16.2.1947 statt. Präsident wurde Fritz Fleck (SPD).

“Meine Herren von der Militärregierung!

Verehrte Gäste! Werte Kolleginnen und Kollegen!
In der Erkenntnis, daß nur vereinte Kraft die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung sichern und verbessern kann, ist die Arbeitnehmerschaft seit 15 Monaten bemüht, ihre 1933 zerstörten Gewerkschaften wieder aufzubauen. Aus kleinen Betriebs- und Berufsgruppen sind örtliche Gewerkschaften und Industrieverbände geworden, die wir heute in einen festgefügten Bund zusammenschließen wollen. (...) Ich begrüße zunächst die Herren der amerikanischen Militärregierung, an ihrer Spitze Oberst Edwards.

HERR OBERST! Die deutschen Gewerkschaften waren die erste wirtschaftliche Organisation, die vom Nationalsozialismus gewaltsam zu Boden geschlagen worden ist. Nur über die Leiche der Gewerkschaften konnte der Nationalsozialismus seinen unheilvollen Weg beschreiten. (...)

Wir Gewerkschaftler begrüßen freudig die Botschaft des Generals Eisenhower, in der er beim Betreten deutschen Bodens den Wiederaufbau der Gewerkschaften in Aussicht stellte. Inzwischen hat die amerikanische Militärregierung das Versprechen Eisenhowers wahrgemacht.

Wir wollen nicht verschweigen, daß uns manchmal der Weg, der zur Bildung der Gewerkschaften gegangen werden mußte, zu langsam schien. (...)”^{2b}

Besatzungszonen im Südwesten Deutschlands

Die Aufteilung des Südwestens war mit dem interalliierten Abkommen vom 12. Juli 1945 endgültig festgelegt. Auf dem Gebiet der alten Länder Baden, Württemberg und Hohenzollern entstanden drei Länder, die den Namen Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Baden erhielten.

Die Städte Stuttgart und Karlsruhe wurden nach anfänglicher französischer Besetzung der amerikanischen Zone geteilt. Damit wurde sowohl das frühere Württemberg, wie auch das ehemalige Baden geteilt. Die so entstandenen Länder Württemberg-Hohenzollern und Baden wurden der französischen und Württemberg-Baden der amerikanischen Besatzungsmacht unterstellt.

Das Land Württemberg-Hohenzollern umfaßte die Kreise Balingen, Calw, Ebingen, Freudenstadt, Horb, Münsingen, Ravensburg, Reutlingen, Rottweil, Saulgau, Tettnang, Tübingen, Tuttlingen, Wagen sowie die ehemaligen preußischen Kreise Hechingen und Sigmaringen.³ Der vormals bayerische Kreis Lindau wurde als selbständige Verwaltungseinheit hinzugefügt.

Das neu gebildete Baden entsprach dem südlichen Teil des früheren Badens, bestehend aus den Stadtkreisen, welche heute geographisch südlich der Autobahn Karlsruhe-Stuttgart-Ulm liegen: Baden-Baden, die Landkreise Bühl und Rastatt und die einstigen Landeskommissärbezirke Freiburg und Konstanz.⁴

Die nördlichen Gebiete des ehemaligen Badens und

Württembergs wurden Württemberg-Baden und somit der amerikanischen Besatzungszone zugeordnet.

Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Besatzern war widersprüchlich, wie es auch in der oben zitierten Begrüßungsrede von Schleicher deutlich wird, wenn er auf der einen Seite den Besatzern für die Unterstützung dankt und auf der anderen Seite feststellt, "daß uns manchmal der Weg, der zur Bildung der Gewerkschaften gegangen werden mußte, zu langsam schien."⁵ Die Gewerkschaften wurden zwar vor den Parteien zugelassen, aber sie mußten auch mit vielen Benachteiligungen zurechtkommen. So dauerte es z.B. sehr lange, bis das der DAF übereignete Gewerkschaftsvermögen wieder zurückerstattet wurde; auch der Einzug von Mitgliederbeiträgen und Mitgliederwerbung wurde von den alliierten Militärverwaltungen am Anfang verboten; die Industrie- und Handelskammern wurden entgegen der Forderungen der Gewerkschaften nicht paritätisch besetzt und außerdem durften diese sich weiträumiger organisieren als die Gewerkschaften. Durch den Lohnstopp der Militärregierungen fehlten den Gewerkschaften bis 1948/49 die Tarifautonomie und das Streikrecht.⁶

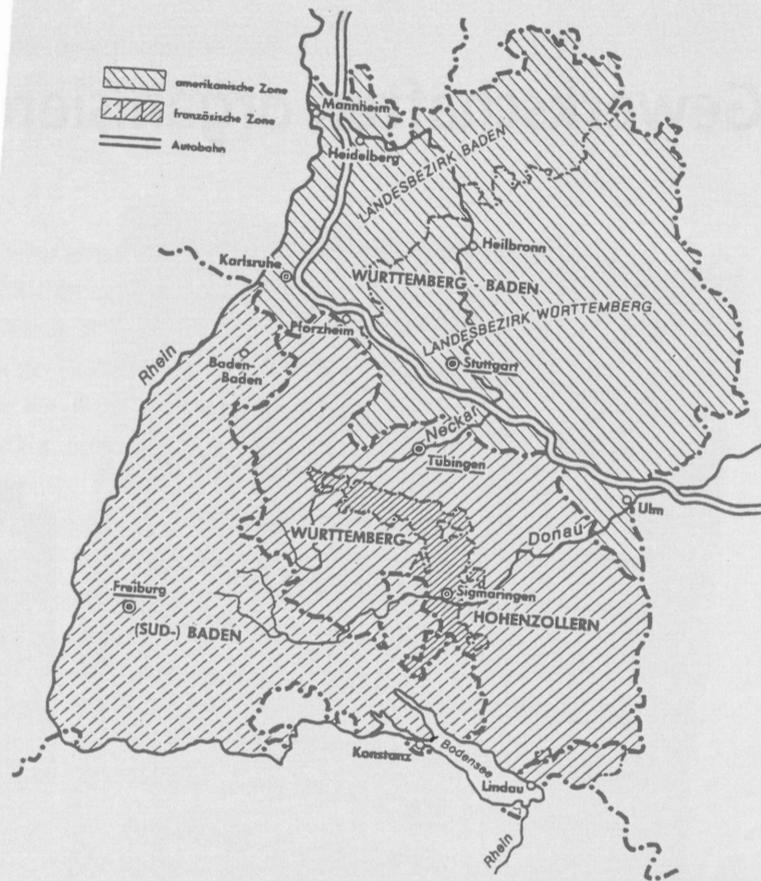
Die Widersprüchlichkeit der Besatzungspolitik wird besonders in der französischen Besatzungszone (Zone d'Occupation Francaise, ZOF) offenkundig: So gab es hier einerseits zahlreiche sozialpolitische Neuerungen, andererseits wurde die Arbeit der Gewerkschaften oft behindert. Dementsprechend beklagte z.B. der Vorsitzende des BGB, Wilhelm Reibel, auf dem zweiten

Die Gewerkschaften wurden zwar vor den Parteien zugelassen, aber sie mußten auch mit vielen Benachteiligungen zurechtkommen

Während sich die Unternehmer frei bewegen konnten, war die Reisefreiheit der Gewerkschafter eingeschränkt

ordentlichen Bundestag des BGB vom 15.-17. Oktober 1948 die Reisebeschränkungen für Gewerkschaftsfunktionäre und das Verbot der französischen Militärregierung, an Interzonenkonferenzen teilzunehmen. Er wies darauf hin, daß beispielsweise Unternehmern die Reisefreiheit zugestanden würde. Ausserdem forderte er die Militärregierung auf, ihre Demontagepolitik zu beenden.

Berücksichtigt werden muß allerdings, daß die Unterschiede zwischen den einzelnen Kreisen der ZOF erheblich waren. So wurde z.B. in Waldshut der Gewerkschafter August Seebacher vom französischen Ortskommandanten verhaftet, weil er versucht hatte, ohne französische Genehmigung das Gewerkschaftsleben wieder neu aufzubauen.⁷ In Rastatt dagegen wurde der Neuaufbau der Gewerkschaft von der örtlichen französischen Besatzungsmacht unterstützt. So konnte schon am 5. Mai 1945 mit lokaler Genehmigung des französischen Stadtkommandanten der "Allgemeine freie Gewerkschaftsbund Rastatt und Umgebung" gegründet werden. Trotz eines offiziellen Versammlungsverbots durften im Stadt- und Landkreis Rastatt die Gewerkschafter Mitglieder für ihre Organisation gewinnen und ein Büro mit Sprechstunden einrichten. Die Besatzungsmacht setzte sich im Rastatter Kreis aus ehemaligen linken Resistancemitgliedern zusammen und nahm deshalb gegenüber den Gewerkschaften eine freundlichere Haltung ein als Offiziere mit anderer politischer Gesinnung.⁸ Diese Beispiele



Staatliche Gliederung Südwestdeutschlands 1945 - 1952

(aus der "Weg zum Südweststaat", Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg)

verdeutlichen, daß die Besatzungspolitik nicht mit einem pauschalen Urteil bewertet werden kann, sondern differenziert betrachtet werden muß.

Gewerkschaften organisieren – aber wie?

„Über die Neubildung der Gewerkschaften liegen keine Organisationsbeschlüsse vor. Sie sind unabhängig voneinander allorts spontan entstanden. Es gab auch keine Einigungskonferenzen, um die Gewerkschaftsrichtungen von früher zu vereinigen. Ohne Rücksicht auf Religion und Weltanschauung haben sich die Christlichen und die Hirsch-Dunckerschen mit den Freien Gewerkschaftskollegen zusammengefunden. Angestellte und Beamte traten hinzu, um ihre alten ihnen lieb gewordenen Organisationen für die neue Gewerkschaftseinheit zu opfern. Diese Einheit zu wahren und zu halten, legt uns allen große Verpflichtungen auf. Niemand sollte den Angestellten und Beamten, die dem Einheitsgedanken ihre selbständigen Organisationen opferten, das Recht bestreiten, innerhalb der einheitlichen Gewerkschaftsbewegung ein Eigenleben zu führen, das ihren gewerkschaftlichen Notwendigkeiten entspricht.“⁹

Dies ist ein kleiner Ausschnitt aus dem Referat „Gewerkschaftlicher Rückblick und Ausblick“, das Markus Schleicher bei der Gründungsveranstaltung des GWB in Kornwestheim hielt.



Markus Schleicher, Präsident des Gewerkschaftsbundes Württemberg- Baden, auf der Gründungsveranstaltung:

„Diese Einheit zu wahren und zu halten, legt uns allen große Verpflichtungen auf.“

Aus Erfahrung einig: Es sollte eine parteipolitisch und konfessionell neutrale Einheitsgewerkschaft gegründet werden

Tatsächlich herrschte nach der Erfahrung der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten Einigkeit darüber, daß es beim Neuaufbau keine Richtungsgewerkschaften wie in der Weimarer Republik mehr geben, sondern daß statt dessen eine parteipolitisch und konfessionell neutrale Einheitsgewerkschaft gegründet werden sollte. Von einer Einheitsgewerkschaft versprach man sich, daß die organisatorischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer am besten vertreten werden könnten.

Doch beim Gewerkschaftsaufbau ab 1945 erwies es sich als schwierig, überörtliche und landesweite Organisationen zu bilden, da man immer wieder auf den Widerstand der amerikanischen bzw. französischen Besatzungsmacht stieß. Die Besatzer traten für einen Aufbau "von unten nach oben" ein. Da die Besatzungsmächte auch die Gewerkschaftsvertreter des föderalistischen Flügels unterstützten, konnten diese sich beim Streit um die Machtverteilung (z.B. bezüglich Finanzhoheit) zwischen Einzelgewerkschaften und Zentralgewerkschaft durchsetzen.

Unterschiedliche Meinungen gab es auch zu dem Industriegewerkschaftsprinzip (Organisation nach Industriezweigen statt nach Berufen: Eine Betrieb - eine Gewerkschaft). Strittig war dabei die Frage, wie konsequent es durchgeführt werden sollte. Die Angestelltenvertreter setzten sich von Anfang an dafür ein, daß eine oder mehrere Angestelltengewerkschaften neben den Industriegewerkschaften für die

Arbeiter eingerichtet würden.¹⁰ Wie in dem Zitat von Schleicher deutlich wird, wurden die Angestelltenverbände im GWB, aber auch im GB SWH integriert. Vor der Gründung des DGB kam es in der Diskussion um die Frage der Angestelltenverbände zwischen Markus Schleicher und Hans Böckler zu heftigen Debatten. Schleicher setzte sich auf dem Gründungskongreß des DGB für das südwestdeutsche Modell ein. Da er sich mit seinem Antrag aber nicht durchsetzen konnte, bildete sich daraufhin 1949 die DAG bundesweit.¹¹

Von einer Einheitsgewerkschaft versprach man sich, daß die organisatorischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer am besten vertreten werden könnten.

Die Gewerkschaften kämpfen für bessere Lebensbedingungen



Die Gewerkschaften haben heute ganz andere Aufgaben wie früher. Während wir uns früher um die Ernährung, Bekleidung und Versorgung mit Schuhwerk nicht zu kümmern brauchten, sind diese Aufgaben Brennpunkte unserer Betätigung.“¹²

Dieses Zitat zeigt sehr deutlich, daß die Gewerkschaften nach dem Krieg mit neuen Aufgaben konfrontiert wurden. Der klassische Aufgabenbereich im Gebiet der Tarifpolitik blieb den Gewerkschaften bis 1948 durch den von den Alliierten angeordneten Lohnstopp verwehrt. Eine der dringendsten Aufgaben, vor denen die Gewerkschaften standen, war die Bekämpfung der Ernährungs- und Versorgungsprobleme. Durch die Kriegszerstörungen, Flüchtlingsströme, Mißstände bei der Verteilung, kam es immer mehr zu einer Ernährungskrise. Diese wurde durch die willkürliche Einteilung in Zonen, die ohne Rücksichtnahme auf die unterschiedliche Versorgungslage der geschaffenen Zonengebiete gezogen wurden, noch zusätzlich verschärft. In den französischen Besatzungszonen war die Versorgung schlechter als in den amerikanischen und englischen Besatzungszonen. Dies lag mit daran, daß die Franzosen länger, nämlich bis zum 1. Oktober 1948, auf zwangsweisen Lieferverpflichtungen bestanden. Die Franzosen waren nach dem Krieg selber von einer Hungerkatastrophe betroffen und entnahmen nun ihrer Zone, was sie zur Verpflegung der militärischen und zivilen Besatzungs-

angehörigen, ihrer Familien und der in die Zone verschickten französischen Erholungssuchenden brauchten.¹³

Die Gewerkschaftsvorstände des BGB und des GB SWH boten der französischen Militärregierung wiederholt an, daß sie versuchen würden, Streiks zu verhindern, wenn diese dafür Mißstände auf dem Ernährungssektor beseitigen würden. Die Gewerkschaften waren in einer Zwangslage. Auf der einen Seite waren sie auf die Militärregierung angewiesen, auf der anderen Seite forderten viele Arbeiter aufgrund der sich immer mehr zuspitzenden Ernährungskrise einen Streik.

Als sich die Ernährungslage in Württemberg-Baden im Winter 1947/48 immer mehr verschlechterte, verlangten die Arbeiter Aktionen der Gewerkschaften. Auch die Betriebsräte machten auf ihren Versammlungen deutlich, daß sie die abwartende Haltung der Gewerkschaften nicht mehr gutheißen könnten. Am 29. Januar rief der Bundesvorstand des GWB zum Generalstreik gegen die schlechte Ernährungssituation auf. Dieser wurde dann am 3. Februar 1948 in Württemberg-Baden durchgeführt. In dem Generalstreik verliehen die Arbeiterinnen und Arbeiter auch ihren Forderungen nach mehr Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie Ausdruck.¹⁴

Um die Lage im Ernährungs- und Versorgungssektor zu verbessern, arbeiteten die Gewerkschaften in Kreis- und Landesernährungsausschüssen, im Landeswirtschaftsbeirat (in Baden und Südwürttemberg-

**Im Mittelpunkt:
Ernährung,
Kleidung und
Schuhwerk**

Generalstreik gegen schlechte Ernährungslage in Württemberg-Baden

Hohenzollern), usw. mit. Doch im großen und ganzen war der Einfluß der Gewerkschaftsvertreter in diesen Gremien sehr gering. Effektiver war die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten vor Ort. So bat z.B. der Betriebsrat der Stolberger Zink AG die Bergarbeitergewerkschaft, die Wünsche der Belegschaft zu unterstützen. Die Belegschaft hatte darum gebeten, Winterobst und Gemüse zu besorgen, da sie dies aufgrund der Schichtarbeit nicht selbst erledigen könnten.¹⁵

Trotz der Hilfeleistungen der Gewerkschaften (z.B. Organisation von Lebensmitteln zu günstigen Preisen) konnte die Ernährungskrise nicht wesentlich entschärft werden.

Die Währungsreform vom 20.6.1948 beendete dann zwar die Mangelwirtschaft, aber die Gewerkschaften mußten nun gegen die Preiserhöhungen der Grundnahrungsmittel kämpfen.



AUGEN AUF! Jawohl, unser Teller ist kärglich gefüllt!

Aber wie sieht es denn in den anderen Ländern aus?
Wollen wir unsere Augen etwa vor Tatsachen verschließen?

Frankreich: Im Juli 1948 ist bereits die Belegung der Mägen mit Nahrungsmitteln um 20 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstand gesunken. 100.000 Franzosen sind verhungert und 100.000 sind krank. In Ostdeutschland sind die Mägen der Bevölkerung um 30 Prozent leerer als im Westen.

Holland: Im Juli 1948 sind 100.000 Menschen verhungert. Die Mägen der Bevölkerung sind um 30 Prozent leerer als im Westen. In Ostdeutschland sind die Mägen der Bevölkerung um 30 Prozent leerer als im Westen.

England: Im Juli 1948 sind 100.000 Menschen verhungert. Die Mägen der Bevölkerung sind um 30 Prozent leerer als im Westen. In Ostdeutschland sind die Mägen der Bevölkerung um 30 Prozent leerer als im Westen.

Die Wähler der Sozialdemokratie: Sie sind die einzigen, die die Verantwortung für die Verhungern der Bevölkerung übernehmen. Sie sind die einzigen, die die Verantwortung für die Verhungern der Bevölkerung übernehmen.

An alle Arbeitnehmer in Württemberg-Baden

Vorstand, Beirat und die Vorsitzenden der Ortsausschüsse des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden haben nach eingehender Beratung beschlossen, die Arbeitnehmer zu einer

Protestaktion

aufzurufen. Die Arbeit ruht in allen Betrieben und Unternehmungen am

Dienstag, dem 3. Februar 1948 von 0-24 Uhr

Ausgenommen von der Arbeitseinstellung sind: Krankenhäuser, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung und solche Betriebe, deren Stilllegung den Verlust von Lebensmitteln nach sich zieht. Ferner müssen der lebensnotwendige Verkehr der Reichsbahn und der Betrieb des Fernmeldewesens aufrechterhalten werden. Die näheren Einzelheiten haben die zuständigen Industrieverbände zu treffen.

Mit diesen Ausnahmen soll nicht etwa ausgesprochen werden, daß die Arbeitnehmer dieser Betriebe und Geschäftszweige nicht ebenso Grund hätten, gegen die unzureichende Ernährung, gegen die Schließungen und gegen ihre Benachteiligung auf allen Lebensgebieten zu protestieren. Diese Ausnahmen sind aber notwendig, um Leben und Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten.

Warum diese Protestaktion?

Obwohl allen einsichtigen und klar denkenden Menschen bekannt ist, daß mit Arbeitseinstellungen oder Streiks unmittelbar weder ein Gramm Fett, noch ein Pfund Kartoffeln, noch ein Stück Brot, noch ein Stück Fleisch geschaffen oder bereitgestellt werden können, wurde trotzdem diese Protestaktion beschlossen. Es müssen also noch andere Gründe vorliegen, und das ist auch der Fall.

Unsere Protestaktion richtet sich nicht nur gegen die geplante und bereits angeordnete Kürzung der Fettration, sondern gegen den ungleich gedeckten Tisch. Es ist falsch, wenn gesagt wird, das ganze deutsche Volk hungert. Es gibt Kreise unseres Volkes, die die Not noch nicht zu spüren bekommen haben. Das sind die Schieber, Schwarz- und Schleichhändler sowie die große Zahl derjenigen, die durch Kompensationen in der Lage sind, sich zusätzliche Nahrungsmittel zu verschaffen. Hungern tun allein die ehrlichen Menschen, die Tag für Tag

eu und brav ihre Pflicht erfüllen noch Geld und auch keine kargen Zuteilungsrationen zu

Hungerrationen sind deutgefallene Gesichter und eine breitung der Tuberkulose.

Wir fordern eine grundlegende Reform des Zulagewesens. Das heutige Unrecht gegenüber den Angestellten und Beamten muß beseitigt werden. Wir fordern daher die Einführung der Beschäftigtenkarte.

Wir verlangen, daß die Erfassung- und Bewirtschaftungsvorschriften nicht auf dem Papier stehen bleiben, sondern in Wirklichkeit umgesetzt werden. Diese Forderung gilt für alle Länder der Bizone. Kein Land hat das Recht, in dieser Notzeit für sich Sonderprivilegien zu beanspruchen.

Wir fordern, daß die landwirtschaftlichen Erzeugnisse rechtzeitig und restlos erfaßt und gerecht an die Bevölkerung verteilt werden. Die Arbeitnehmerschaft weiß um die schwierige Lage der Bauern. Sie will zwischen Stadt und Land keinen Graben aufreißen. Sie muß aber verlangen, daß auch jeder Bauer seine volle Pflicht gegenüber der hungernden Stadtbevölkerung erfüllt.

Wer aus egoistischen, gewinnstüchtigen Gründen Sonderinteressen für sich in Anspruch nimmt, muß rasch und drakonisch bestraft werden. Geldstrafen genügen nicht. Die Wegnahme von Besitz und Vermögen, Schließung des Unternehmens und Einweisung in ein Arbeitslager sind unsere Forderungen. Das Vertrauen zur Regierung und zur Autorität von Gesetz und Staat muß verloren gehen, wenn die Justiz auch weiterhin so lendenlahm arbeitet.

Aus "Arbeiterbewegung und Wiederaufbau",
Stuttgart 1945-49, DGB-Kreis Stuttgart.

Demontage und Marshallplan

Nach dem Ende des Krieges litt die Wirtschaft nicht nur an dessen Folgen, sondern auch an der Demontagepolitik der Alliierten. Die Zerstörung einiger Fabriken und der Abbau von Maschinen wurde von den Alliierten damit begründet, daß man Deutschland daran hindern wolle, je wieder einen Krieg führen zu können. Ein anderes Ziel der

Demontagepolitik war die Wiedergutmachung für die Länder, die unter dem Naziterror gelitten hatten. Die Gewerkschaften begrüßten den Abbau der Rüstungsindustrie, zumindestens wenn diese nicht in anderen Ländern aufgebaut wurden. Sie lehnten aber die willkürliche Beschlagnahmung von Maschinen und die Demontage ganzer Fabriken ab. Die Gewerkschaften in Baden und Württemberg-Hohenzollern äußerten bald den Verdacht, es gehe bei der französischen Demontagepolitik hauptsächlich darum, lästige Konkurrenz zu beseitigen. Als in Schweningen der Abbau der Uhrenindustrie geplant wurde, kam es zu

einer großen Protestkundgebung. In Württemberg-Hohenzollern kam es am 9. August 1947 sogar zu einem Generalstreik, als eine neue, unerwartete, Demontagewelle begann.¹⁶

In einem Bericht über "Demontagen als Reparation" der Württemberg-Badischen Gewerkschaftszeitung

vom 15. November 1947 heißt es am Ende:

"Wir Deutschen sind zu unserem Teil bemüht, auch in bezug auf Reparationsleistungen, alles mögliche zu tun, damit für den ersehnten Frieden eine gesunde geistige, wirtschaftliche und politische Grundlage geschaffen wird. Wir werden unseren vollen Beitrag aber nur leisten können, wenn wir eine starke und gesunde Industrie in einem Deutschland ohne Zonengrenzen haben. Das mögen die Sieger von 1945 bedenken."¹⁷

Damit wurde von den Gewerkschaften darauf hingewiesen, daß der Aufbau der Demokratie in Deutschland gefährdet sei, wenn es der Wirtschaft schlecht gehe. Arbeitslosigkeit und schlechte Versorgung waren noch nie eine gute Grundlage für Frieden. Die Demontagepolitik stand auch im Widerspruch zum Marshallplan. Dem europäischen Wiederaufbauprogramm sahen die Gewerkschaften trotzdem mit gemischten Gefühlen entgegen. Die Kritiker befürchteten, daß der Marshallplan die Einheit Deutschlands gefährden würde und damit auch den Frieden. Außerdem würde dadurch auch die Einheitsgewerkschaftsbewegung geschwächt werden und somit eine Stärkung des imperialistischen und reaktionären Kapitalismus erfolgen.¹⁸ Die Befürworter betonten, daß die europäische Wirtschaft sich ohne amerikanische Hilfe nicht erholen könne. Die pragmatische Argumentation zeigte sich bei der Diskussion um den Marshallplan der ideologischen deutlich überlegen.¹⁹



Die Gewerkschaften und die Entnazifizierung

Die Gewerkschaften hatten schon vor 1933 vor dem Nationalsozialismus gewarnt und waren auch danach antifaschistisch geblieben. Daher war es für sie nach der Befreiung durch die Alliierten eine der wichtigsten Aufgaben, das öffentliche Leben und die Betriebe zu entnazifizieren. Die Gewerkschaften waren sowohl in der amerikanischen wie auch in der französischen Besatzungszone Pflichtmitglieder der Entnazifizierungskommissionen, allerdings hatten sie in diesen Kommissionen nicht den erwünschten Einfluß. So blieb auch die Entnazifizierung der Gesellschaft hinter den gewerkschaftlichen Erwartungen zurück. Besonders die politische Säuberung der Wirtschaft wurde von den Gewerkschaften als ungenügend kritisiert. Immer wieder beklagten sie, daß man "die Großen laufen läßt".

*Solche Gedichte gab es
damals viele in der
Gewerkschaftszeitung*

Botschaft

Ich möcht so gern es allen Menschen sagen:
Wir viele sind ein Opfer dieser Zeit,
Versuche jeder zur Versöhnung beizutragen
Und zu verstehen auch des andern Leid.

Ich möcht so gern es der Jugend sagen,
Das Leben, das ihr lebt, ist wirklich schlecht,
Fast hoffnungslos, und doch müßt ihr es
wagen —

Seid ihr das formende, gestaltende Geschlecht!

Ich möchte gern es den Alliierten sagen:
Wir haben unser Schicksal oft verflucht —
Ihr laßt die Schuld vom ganzen Volke
tragen.

Ihr habt die Schuldigsten noch nicht gesucht!

Ich möcht so gern es allen Siegern sagen
Und jedem Volk, das unter Lasten stöhnt:
Hört es, wo Menschenherzen weitweit
schlagen,

Verflucht den Krieg, den Mord und seid
versöhnt!

Ich möcht so gern es allen Freunden sagen:
Ihr dienet als Gewählte, ehrlich der Partei,
Ihr habt der ungelohnten Opfer viel zu
tragen,

Zeigt ihr den lichten Weg zum Völkerwall!

Theodor Hansen

Aus der Württembergisch-Badischen Gewerkschaftszeitung Nr. 20,
Stuttgart, 15.10.1947, S.302

Die Gewerkschaften kämpfen für mehr Mitbestimmung



Die Gewerkschaften sind sich bewußt, daß sie in der modernen Wirtschaft die Interessen ihrer Mitglieder nicht ausreichend wahren können, wenn sie sich nur auf Verhandlungen über Löhne und Arbeitsbedingungen und auf Mitarbeit an der Sozialpolitik beschränken. Sie fordern deshalb Mitarbeit und Mitbestimmung bei Planung und Durchführung der Wirtschaftspolitik sowie gleichberechtigte Teilnahme an allen Körperschaften der wirtschaftlichen Selbstverwaltung.

Zur Wirtschaftsreform erklärt der Bundestag des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden:

Die Gewerkschaften kämpfen für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft. Ihr Endziel ist eine sozialistische Wirtschaft.

Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft kann nur im Rahmen eines Wirtschaftsplanes erfolgen. Unter gleichberechtigter Mitwirkung der Gewerkschaften muß ein mehrjähriger Plan aufgestellt werden, der die Interessen der Gesamtheit und die Leistungsmöglichkeiten der einzelnen Wirtschaftszweige aufeinander abstimmt.“²⁰

Diese Vorstellungen von der künftigen Wirtschaftsordnung wurden in einer EntschlieÙung zur Wirtschaftspolitik auf dem Gründungskongreß des GWB formuliert. Die Gewerkschaften waren sich nach 1945 einig, daß sie beim Wiederaufbau der Wirtschaft mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten haben müßten. Um einen Zuwachs an Wirtschaftsdemokratie zu erreichen, forderten sie einen Einfluß auf alle Wirtschafts-

organe, Industrie und Handelskammern sowie Handwerkskammern. Das Ziel der Gewerkschaften war, die absolute Verfügungsgewalt der Unternehmer über Arbeitskräfte und Produktionsmittel durch das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer einzuschränken. So wollte man neu gefaßte Kompetenzen für den Betriebsrat, paritätisch zusammengesetzte Handels- und Industriekammern, paritätisch besetzte staatliche Beiräte und direkte Regierungsbeteiligung.²¹

Hauptansatzpunkt der Gewerkschaften war der Versuch, den Betriebsräten mehr Rechte einzuräumen. In allen drei Gewerkschaftsbünden bemühte man sich daher, durch Betriebsvereinbarungen Mitsprachemöglichkeiten bei personellen, sozialen und wirtschaftlichen Entscheidungen der Betriebe zu bekommen. Besonders die Forderung nach wirtschaftlicher Mitentscheidung stieß bei den Unternehmern auf wenig Gegenliebe. Der GWB und der GB SWH arbeiteten Mustervereinbarungen aus. Während in Baden und Württemberg-Baden die Vereinbarungen von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich waren, wurden in Württemberg-Hohenzollern die Mustervereinbarungen von vielen Betrieben übernommen. Auf der Grundlage dieser Betriebsvereinbarungen entwickelten sich die Betriebsrätegesetze, die von Land zu Land unterschiedlich waren. Diese Gesetze entsprachen aber nicht den Vorstellungen der Gewerkschaften. Nur der BGB erreichte es aufgrund der Mobilisierung der südbadischen Arbeiterschaft, daß in Baden das zu jener Zeit in den westlichen Besatzungszonen fort-

Absolute Verfügungsgewalt der Unternehmer durch das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer einschränken



schrittlichste Betriebsrätegesetz zustande kam. Dies lag wohl mit daran, daß der BGB im Gegensatz zum GB SWH und WGB Streiks für ein besseres Betriebsrätegesetz befürwortete. Durch Kompromißbereitschaft vergab der BGB aber die Chance auf die Umsetzung des hart umkämpften Betriebsrätegesetzes.

Die Hoffnung auf Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in allen Gebieten der Wirtschaft mußte bald aufgegeben werden. So erreichte man weder eine Beteiligung bei der Regierungsbildung noch eine paritätische Besetzung der Industrie- und Handels-

kammern. Daß grundsätzliche strukturelle gesellschaftliche Veränderungen nicht durchgesetzt werden konnten, lag mit daran, daß die Gewerkschaften sich auf tagespolitische Themen wie Ernährungs- und Versorgungsprobleme, Löhne und Preise beschränkten und ihnen daher die Politisierung der Arbeitnehmer nicht gelang. Außerdem hatte der sich immer mehr zuspitzende Ost-West-Konflikt die Arbeiterklasse wieder gespalten.

Die Hoffnung auf Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in allen Gebieten der Wirtschaft mußte bald aufgegeben werden

Zeittafel

- | | | | |
|----------------------------|---|-------------------------------|--|
| 8. Mai 1945 | Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus | 24. Sept. 1948 | Betriebsrätegesetz im Landtag von Baden verabschiedet (tritt am 15. Dezember 1948 in Kraft) |
| 31. Mai 1945 | Gründung des Württembergischen Gewerkschaftsbundes (WüGB) | 3. Nov. 1948 | Der seit 1936 bestehende Lohnstopp wird aufgehoben. |
| 29./30. August 1946 | Gründung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden (GWB) als Zusammenschluß des WüGB und nordbadischer Gewerkschaften | 12. Nov. 1948 | Generalstreik in der Bizone gegen die Wirtschaftspolitik von Ludwig Erhard |
| 24. Nov. 1946 | Volksabstimmung über die württ.-badische Landesverfassung (mit 86% der abgegebenen Stimmen angenommen) | Mai 1949 | Konstituierung des bizonalen Gewerkschafts-Sekretariats |
| 15./16. Feb. 1947 | 1. ordentliche Bundesgeneralversammlung des Gewerkschaftsbundes Südwürttemberg-Hohenzollern (GB SWH) | 21. Mai 1949 | Betriebsrätegesetz in Württemberg-Hohenzollern wird verabschiedet |
| 1./2. März 1947 | Gründung des Badischen Gewerkschaftsbundes (BGB) | 17.-18. Sept. 1949 | Auflösungsbeschluß des Dritten Ordentlichen Bundestages des GWB |
| 18. Mai 1947 | Volksabstimmung über die Badische Landesverfassung (67,9% der abgegebenen Stimmen dafür); Referendum über die Landesverfassung von Württemberg-Hohenzollern (ca. 70% der abgegebenen Stimmen dafür) | 23.-25. Sept. 1949 | Auflösungsbeschluß der Dritten Ordentlichen Bundes-Generalversammlung des GB SWH |
| 3. Feb. 1948 | Generalstreik in Württemberg-Baden wegen der schlechten Lebensmittelversorgung und für mehr Mitbestimmung | 30. Sept.-2. Okt. 1949 | Auflösungsbeschluß des Dritten Ordentlichen Bundestages des BGB |
| 20. Juni 1948 | Währungsreform | 12.-14. Okt. 1949 | Gründungskongreß des DGB in München |
| 9. Aug. 1948 | Generalstreik in Württemberg-Hohenzollern gegen neue Demontagepläne | 29. Okt. 1949 | Auf der Konferenz von Bad Sulzbach beschließen die Vertreter des BGB, des GB SWH und des GWB, sich für den Zusammenschluß der badischen und württembergischen Länder einzusetzen |
| 13. Aug. 1948 | Betriebsrätegesetz im Landtag von Württemberg-Baden verabschiedet | 25. April 1950 | Gründungskongreß des DGB-Landesbezirks Württemberg-Baden (7.12.1953: Umbenennung in DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg) |

Tarif- und sozialpolitische Meilensteine zwischen 1949 und heute

Die Anfänge



1949: Von 12. bis 14. Oktober findet der Kongress der westdeutschen Gewerkschaften in München statt. Dies ist die **Geburtsstunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes**.



1950: Am 25. April gründet sich der **DGB-Landesbezirk Württemberg-Baden** (später: Baden-Württemberg) aus drei Vorläuferorganisationen. Der Gründungskongress findet in Stuttgart-Feuerbach statt. Der Bezirk vertritt 619.514 Mitglieder.



1951: Das **Montanmitbestimmungsgesetz** garantiert die paritätische Mitbestimmung.



1952: Das erste **Betriebsverfassungsgesetz** tritt in Kraft. Es enthält keine paritätische Mitbestimmung.



1956: Die IG Metall streikt erfolgreich für **Lohnfortzahlung bei Krankheit**. Der DGB startet eine Kampagne für **die Fünf-Tage-Woche**: „Samstags gehört Vati mir“.



Die 60er und 70er Jahre

1963: Der DGB bekennt sich in seinem **neuen Grundsatzprogramm** zur sozialen Marktwirtschaft. Die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung wird bekräftigt.

1967: In der Metallindustrie wird die **40-Stunden-Woche** eingeführt.

1969: Die von der IG Metall erkämpfte **Lohnfortzahlung bei Krankheit wird Gesetz**.

1970: Als letztes Bundesland führt Baden-Württemberg die Ausbildung aller Lehrkräfte an wissenschaftlichen Hochschulen ein: ein Erfolg für die GEW, die sich für eine **Reform des Bildungswesens** eingesetzt hatte.

1972: Die sozial-liberale Koalition verabschiedet ein neues **Betriebsverfassungsgesetz**. Die Forderung des DGB nach weitergehenden wirtschaftlichen Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte bleibt unberücksichtigt. Die Eckpfeiler beim **Einsatz von Leiharbeit** werden gesetzlich geregelt.

Tarif- und sozialpolitische Meilensteine zwischen 1949 und heute

1973: Der **Europäische Gewerkschaftsbund** wird in Brüssel gegründet.



1974: Im öffentlichen Dienst und im Bankgewerbe wird die **40-Stunden-Woche** eingeführt.



1975: Dank entsprechender Tarifverträge hat fast die Hälfte der Beschäftigten Anspruch auf **vier Wochen Urlaub**. Im Gesetz stehen lediglich drei Wochen.



1976: Die Unternehmensmitbestimmung für Betriebe mit mehr als 2000 Beschäftigten wird Gesetz. Die Kapitalseite erhält mehr Einfluss als die Beschäftigtenvertretung.



Die 80er und 90er Jahre

1981: Der DGB nimmt **Friedens- und Umweltpolitik** in sein drittes Grundsatzprogramm auf.



1982: Mit Monika Wulf-Mathies wird die **erste Frau Vorsitzende einer DGB-Gewerkschaft**: der ÖTV.



1984: Die Antwort der Gewerkschaften auf steigende Arbeitslosigkeit lautet: Arbeitszeit verkürzen! Die IG Metall beginnt den **Kampf für die 35-Stunden-Woche**.

1990: Wenige Wochen vor der Wiedervereinigung löst sich der **Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB)**, der Dachverband der Gewerkschaften in der DDR, auf. Die im FDGB organisierten Gewerkschaften treten dem DGB bei.

1992: Der DGB-Bundesvorstand beschließt die **Frauenoffensive „Frau geht vor“**.

1995: In der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie wird die **35-Stunden-Woche** eingeführt.

Von der Jahrtausendwende bis heute

2001: In der **Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di)** schließen sich fünf Gewerkschaften zusammen: DAG, DPG, HBV, ÖTV und die IG Medien. Die **Riester-Rente** wird eingeführt. Der DGB hält die Abkehr von der paritätischen Finanzierung für einen Fehler.

Tarif- und sozialpolitische Meilensteine zwischen 1949 und heute



2004: Der Landesbezirk ruft auf zu einer **Großkundgebung gegen Sozialabbau und für ein soziales Europa**. Rund 140.000 Menschen beteiligen sich an der Kundgebung in Stuttgart.



2005: Die **Hartz-IV-Reform** tritt in Kraft. Der DGB kritisiert diese als massiven Angriff auf den Sozialstaat.



2007: Union und SPD beschließen die **Rente mit 67**. Vom DGB kommt scharfe Kritik: De facto ist die Rente mit 67 eine weitere Rentenkürzung.



2008/2009: Nach der Lehman-Pleite weitet sich die Finanzmarktkrise zu einer weltweiten Konjunkturkrise aus. In Deutschland kann dank der Sozialpartner mit **Kurzarbeit** das Schlimmste verhindert werden.



2015: Die Anstrengungen des DGB auf Bundes- und Landesebene zeitigen Erfolg: Der **gesetzliche Mindestlohn** tritt zum Jahresbeginn in Kraft. Baden-Württemberg führt als eines der letzten Bundesländer ein **Bildungszeitgesetz** ein.



2016: Der Landesbezirk schmiedet ein Bündnis aus mehr als 70 Organisationen für Toleranz, gegen Rassismus. Zu der zentralen **Kundgebung „Halt zusammen“** in Stuttgart kommen etwa 7000 Menschen.

Der DGB startet die **Kampagne „Rente muss reichen“**. Die gesetzliche Rente wird daraufhin zum Wahlkampfthema.

2017: Die Reform des **Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes** tritt in Kraft. Es sieht strengere Regeln bei **Leiharbeit** vor. Der DGB hatte für die Einschränkung von Leiharbeit und Werkverträgen gekämpft. Das Gesetz geht ihm allerdings nicht weit genug.

2018: Die große Koalition schreibt das **Rentenniveau** bis 2025 fest – ein Erfolg für den DGB.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften starten den **Zukunftsdialog**: einen breit angelegten Beteiligungsprozess zu den drängenden gesellschaftspolitischen Fragen.

2019: Der DGB feiert sein **70-Jahr-Jubiläum**. Er vertritt bundesweit sechs Millionen Beschäftigte, davon 812.600 in Baden-Württemberg.

Literatur

DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Wiederaufbau Stuttgart 1945-49, Stuttgart 1982.

Hecker, Wolfgang: Der Gewerkschaftsbund Südwürttemberg-Hohenzollern. Zur Gewerkschaftsbewegung in der französischen Besatzungszone 1945-49, Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Band 70, Marburg 1988.

Krautkrämer, Elmar: Kriegsende und Besatzungszonen, in: **Thierfelder, Jörg /Uffelmann, Uwe (Bearb.):** Der Weg zum Südweststaat, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1991, S.17-37.

Pfefferle, Heinz: Die Gewerkschaften, in: **Thierfelder, Jörg / Uffelmann, Uwe (Bearb.):** Der Weg zum Südweststaat, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1991, S. 183-200.

Protokoll der Verhandlungen des 1. Kongresses des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden vom 29. August bis zum 1. September 1946 in Kornwestheim, Stuttgart 1946.

Seifert, Christfried: Entstehung und Entwicklung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden bis zur Gründung des DGB 1945 bis 1949, Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Band 20, Marburg 1980.

Unser, Margit: Der badische Gewerkschaftsbund. Zur Geschichte des Wiederaufbaus der Gewerkschaftsbewegung im franz. besetzten Südbaden, Marburg 1989.

Wallenmaier, Otto: Dies war der Anfang 1945. Der Neuaufbau der Gewerkschaften. (nicht veröffentlicht)

Württembergisch-Badische Gewerkschaftszeitung (GZ). Organ des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden. Jg. 1/1946 - Jg. 4/1949 (Erscheinen eingestellt)

Verzeichnis der Abkürzungen

BGB	Badischer Gewerkschaftsbund
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
GB SWH	Gewerkschaftsbund Südwürttemberg-Hohenzollern
GWB	Gewerkschaftsbund Württemberg-Baden
GZ	Württembergisch-Badische Gewerkschaftszeitung
WüGB	Württembergischer Gewerkschaftsbund
ZOF	Zone d'Occupation Francaise (Französische Besatzungszone)

Verweise

- 1** Krautkrämer, Elmar: Kriegsende und Besatzungszonen, in: Thierfelder, Jörg /Uffelman, Uwe (Bearb.): Der Weg zum Südweststaat, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1991, S.17 ff.
- 2a** Seifert, Christfried: Entstehung und Entwicklung des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden bis zur Gründung des DGB 1945 bis 1949, Marburg 1980, S.25
- 2b** Schleicher, Markus: Begrüßungsansprache, in: Protokoll der Verhandlungen des 1. Kongresses des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden vom 29. August bis zum 1. September 1946 in Kornwestheim, Stuttgart 1946, S. 6.
- 3** Hecker, Wolfgang: Der Gewerkschaftsbund Südwürttemberg-Hohenzollern. Zur Gewerkschaftsbewegung in der französischen Besatzungszone 1945-49, Schriftenreihe der Studiengesellschaft für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung Band 70, Marburg 1988, S.18.
- 4** Unser, Margit: Der badische Gewerkschaftsbund. Zur Geschichte des Wiederaufbaus der Gewerkschaftsbewegung im franz. besetzten Südbaden, Marburg 1989, S.11.
- 5** Schleicher: a.a.O., S. 6.
- 6** Pfefferle, Heinz: Die Gewerkschaften, in: Thierfelder, Jörg/ Uffelman, Uwe (Bearb.): Der Weg zum Südweststaat, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlsruhe 1991, S. 183
- 7** Unser: a.a.O., S. 34.
- 8** Ebd., S. 34.
- 9** Schleicher, Markus: Gewerkschaftlicher Rückblick und Ausblick, in: a.a.O., S.21.
- 10** Pfefferle: a.a.O., S. 184.
- 11** Ebd., S. 184.
- 12** Zit. nach Unser, a.a.O., S. 109f..
- 13** Unser: a.a.O., S. 103.
- 14** DGB-Kreis Stuttgart (Hrsg.): Arbeiterbewegung und Wiederaufbau Stuttgart 1945-49, Stuttgart 1982, S. 225.
- 15** Unser: a.a.O., S. 122.
- 16** Pfefferle: a.a.O., S. 186.
- 17** Volja, Hermann: Demontagen als Reparatur, in: GZ Nr. 22, Stuttgart, 15. November 1947, S. 324.
- 18** Unser: a.a.O., S. 205.
- 19** Pfefferle: a.a.O., S. 186.
- 20** Protokoll der Verhandlungen des 1. Kongresses des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden vom 29. August bis zum 1. September 1946 in Kornwestheim, Stuttgart 1946, S. 58.
- 21** Pfefferle: a.a.O., S. 187.
- 22** Pfefferle: a.a.O., S. 190

Impressum

Herausgeber:

Deutscher Gewerkschaftsbund
Landesbezirk Baden-Württemberg
Pressestelle
Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart
Tel. 0711 2028-213

Verantwortlich:

Martin Kunzmann

Text und Redaktion:

Stefan Klinga, Jürgen Klose, Andrea Gregor

Umbruch:

Edgar Buck

Druck:

Druckerei VisitYou, 70771 L.-Echterdingen

Neuaufgabe 2019



Der Landesbezirk des DGB hat entsprechend den Beschlüssen des DGB-Bundeskongresses am 1. Januar 1950 seine Tätigkeit aufgenommen. Auf der ersten Landesbezirkskonferenz am 24. April

1950 in Stuttgart-Feuerbach wurde Markus Schleicher zum Vorsitzenden gewählt. Er starb am 11. März 1951.

Am 7.12.1953 beschloß der Landesbezirksvorstand die Umbenennung von „Landesbezirk Württemberg-Baden“ in „Landesbezirk Baden-Württemberg“



Markus Schleicher,
Präsident des Gewerkschaftsbundes
Württemberg- Baden
und 1. DGB-Landes-
bezirkvorsitzender

- | | |
|---|--|
| 2. DGB-Landesbezirkvorsitzender
vom 21.5.1951 bis 23.1.1960 | Wilhelm Kleinknecht
gestorben am 13.4.1966 |
| 3. DGB-Landesbezirkvorsitzender
vom 23.1.1960 bis 17.1.1963 | Wilhelm Reibel
gestorben am 17.1.1963 |
| 4. DGB-Landesbezirkvorsitzender
vom 9.3.1963 bis 9.9.1968 | Eugen Loderer
gestorben am 9.2.1995 |
| 5. DGB-Landesbezirkvorsitzender
vom 1.2.1969 bis 30.3.1974 | Karl Schwab
gestorben am 25.6.2003 |
| 6. DGB-Landesbezirkvorsitzender
vom 30.3.1974 bis 17.2.1978 | Günter Erlewein |
| 7. DGB-Landesbezirkvorsitzender
vom 17.2.1978 bis 21.8.1982 | Lothar Zimmermann
gestorben am 21.3.2015 |
| 8. DGB-Landesbezirkvorsitzender
vom 21.8.1982 bis 31.1.1998 | Siegfried Pommerenke
gestorben am 9.4.2016 |
| 9. DGB-Landesbezirkvorsitzender
vom 31.1.1998 bis 30.1.2010 | Rainer Bliesener |
| 10. DGB-Landesbezirkvorsitzender
vom 30.1.2010 bis 31.1.2017 | Nikolaus Landgraf |
| 11. DGB-Landesvorsitzender
ab 1.2.2017 | Martin Kunzmann |

